

INHALT

Editorial

Zwei Welten, die zusammengehören!..... 5

Menschenrechte und Entwicklung

Henning Melber: Deutsche Kolonialgeschichte als Gegenwart: Land und Entwicklung in Namibia..... 10

Hannah Birkenkötter: Zum Verhältnis der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung und der internationalen Menschenrechte..... 26

Jan Tobias Polak, Markus Kaltenborn, Annika Engelbert, Lea Smidt, Lena Taube und Martin Bruder: Menschenrechte in der Praxis der deutschen Entwicklungspolitik: Empirische Befunde und theoretische Einordnung..... 46

Judith Schönsteiner: The Chilean Economic Constitution and Human Rights 64

Sandra Cossart and Mathilde Silvestre: Four Years Later – the Impact and Potential of the French Law on the Duty of Vigilance..... 84

Res Schuerch und Serge Biggoer: Neue menschenrechtliche Pflichten für Schweizer Unternehmen trotz Ablehnung der Konzernverantwortungsinitiative..... 102

Laura Duarte Reyes und Christian Schliemann-Radbruch: Transgenes Saatgut und Glyphosat in Lateinamerika: Wie weit reicht Bayers Verantwortung? 116

Aus aller Welt

Kimberlé Williams Crenshaw: Das Konzept der Intersektionalität und seine Bedeutung für die Menschenrechte. Kommentiert und übersetzt von Eva Kalny 142

Außer der Reihe

Borbála Juhász and Andrea Pető: „Kulturkampf“ in Hungary about reproductive rights: actors and agenda 168

Georg Lohmann: Eine konfuzianische Verabschiedung der Menschenrechte? 190

Forum

Anusheh Farahat: Soziales Eigentum: Ein Plädoyer für die Rückgewinnung des Gemeinwohls.....	204
Michael Krennerich: Kein neoliberales Projekt. Ein Plädoyer für die Menschenrechte.....	214

Profile

Christina Meinecke und Adrian Haßler: Der Universal Human Rights Index als Wegweiser für die SDGs.....	228
Lucia Stehling und Sarah Glaab: Die Menschenrechtssituation von Menschen mit Behinderung in Zeiten der Corona-Pandemie – zwei Erfahrungsberichte	237

Buchbesprechungen

Ingo Richter, Lothar Krappmann, Friederike Wapler (Hg.): Kinderrechte. Handbuch des deutschen und internationalen Kinder- und Jugendrechts (von Jörg Maywald)	252
Ulrike Capdepón, Rosario Figar Layús (eds.): The Impact of Human Rights Prosecution. Insights from European, Latin American and African Post-Conflict Societies (von Michaela Lissowsky)	257

Autor*innen	261
--------------------------	-----

Henning Melber: Deutsche Kolonialgeschichte als Gegenwart: Land und Entwicklung in Namibia

30 Jahre nach Beginn der Landreform ist der Besitz an Grund und Boden in Namibia als Erbe der Kolonialzeit noch immer ungleich verteilt. Die Forderungen nach Landrückgabe an die indigenen Gemeinschaften bleiben weitgehend unerfüllt. Land besitzen weiterhin wenige Privilegierte, zu denen mittlerweile auch Mitglieder der neuen Elite gehören. Dieser Beitrag bietet eine Übersicht zu den bisherigen Bemühungen um eine Bewältigung der Landfrage als kolonialer Hinterlassenschaft auch Deutschlands. Die Bundesregierung sollte sich dabei der Bearbeitung dieser kolonialen Geschichte in der Gegenwart stellen. Auf der Tagesordnung der bilateralen Verhandlungen mit der namibischen Regierung sollte deshalb ein wesentlicher Beitrag zur Landumverteilung stehen.

Hannah Birkenkötter: Zum Verhältnis der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung und der internationalen Menschenrechte

Die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung ist der wichtigste entwicklungspolitische Fahrplan der Vereinten Nationen. Unter dem Motto „Niemanden zurücklassen“ spiegelt die Agenda 2030 bereits erreichte internationale Standards, insbesondere internationale Menschenrechtsnormen. Wurden die Millenniumsentwicklungsziele als „menschenrechtsblind“ kritisiert, so sollte die Agenda 2030 enger an den Menschenrechten ausgerichtet werden. Der Beitrag argumentiert, dass dies zwar zum Teil gelungen ist, aber unzureichende institutionelle Verbindungen zwischen dem VN-Menschenrechtssystem und dem Monitoring-Prozess der Agenda 2030 bestehen. So können die Potenziale, die durch inhaltliche Berührungspunkte entstehen, nur unzureichend genutzt werden.

Jan Tobias Polak, Markus Kaltenborn, Annika Engelbert, Lea Smidt, Lena Taube und Martin Bruder: Menschenrechte in der Praxis der deutschen Entwicklungspolitik: Empirische Befunde und theoretische Einordnung

Seit den 1990er Jahren lässt sich eine verstärkte Verbreitung sogenannter menschenrechtsbasierter Ansätze (MRBA) in der Entwicklungszusammenarbeit von bilateralen Entwicklungspartnern feststellen, durch die Menschenrechte systematisch und umfassend verankert werden sollen. Im Rahmen des vorliegenden Artikels werden Ergebnisse einer Evaluierung des deutschen MRBA, der 2011 verabschiedet wurde, darge-

stellt. Die Evaluierung kommt zu dem Schluss, dass Elemente des MRBA, mit denen Wirkungen in Partnerländern erzielt werden sollen, in der entwicklungspolitischen Praxis nur teilweise umgesetzt werden. Abschließend werden aktuelle Weiterentwicklungen des MRBA thematisiert, indem einerseits Empfehlungen der Evaluierung sowie andererseits aktuelle menschenrechtsbezogene entwicklungspolitische Diskurse dargestellt werden.

Judith Schönsteiner: The Chilean Economic Constitution and Human Rights

Dieser Artikel gibt im Zusammenhang der gegenwärtigen Ausarbeitung einer neuen Verfassung in Chile einen Überblick über die Wirtschaftsverfassung des südamerikanischen Landes und ihre Auswirkungen auf soziale Rechte. Die Verfassung von 1980 weist massive Legitimitätsprobleme auf, einerseits wegen ihres Ursprungs unter der Militärjunta, andererseits wegen ihrer Unfähigkeit, strukturelle Ungleichheit in Chile zu beseitigen. Es wird dargelegt, dass es unsicher ist, ob der Prozess den Einfluss der ökonomischen Elite und die ‚Pfadabhängigkeit‘ eines starken Wirtschaftsverfassungsrechts und eines schwachen Schutzes der sozialen Rechte tatsächlich überwinden kann.

Sandra Cossart and Mathilde Silvestre: Four Years Later – the Impact and Potential of the French Law on the Duty of Vigilance

Der Beitrag nimmt, vier Jahren nach Inkrafttreten, eine erste Bewertung des französischen Lieferkettengesetzes von 2017 vor, und zwar sowohl des Gesetzestextes als auch seiner konkreten Anwendung. Die Einschätzung soll klären helfen, inwieweit das französische Gesetz als Vorbild für andere Gesetzesbemühungen dienen kann, um die Verantwortung von Unternehmen für ihre transnationalen Aktivitäten und deren etwaige Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt zu stärken sowie den Zugang zu Rechtsmitteln zu verbessern.

Res Schuerch und Serge Biggoer: Neue menschenrechtliche Pflichten für Schweizer Unternehmen trotz Ablehnung der Konzernverantwortungsinitiative

Am 29. November 2020 wurde in der Schweiz über die Volksinitiative „Für Verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt“, kurz Konzernverantwortungsinitiative, abgestimmt. Trotz eines knappen Volksmehrts scheiterte die Initiative am Ständemehr, da das Volksbegehren in einer Mehrheit der Kantone abge-

lehnt wurde. Sofern kein Referendum dagegen ergriffen wird, tritt somit eine vom Parlament vorgeschlagene Gesetzesänderung in Kraft, welche Unternehmen zu einer nicht-finanziellen Berichterstattung sowie zur Sorgfaltsprüfung in den Bereichen Konfliktmineralien und Kinderarbeit verpflichtet.

Laura Duarte Reyes und Christian Schliemann-Radbruch: Transgenes Saatgut und Glyphosat in Lateinamerika: Wie weit reicht Bayers Verantwortung?

Das exponentielle Wachstum des Anbaus gentechnisch veränderter (GV) Pflanzen auf landwirtschaftlichen Flächen in Lateinamerika wurde von den Interessen großer Agrarkonzerne vorangetrieben. Dieses agrar-extraktivistische Modell hat zu einer hohen Marktkonzentration in den Händen weniger großer Wirtschaftsakteure geführt, die derzeit die Zukunft der landwirtschaftlichen Entwicklung in der Region bestimmen – auf Kosten der Menschenrechte und der Umwelt. Eine treibende Kraft hinter dem großflächigen Anbau von GV-Soja ist das in Deutschland ansässige Unternehmen Bayer, insbesondere nach der Fusion mit Monsanto im Jahr 2018. Dieser Artikel untersucht die menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflichten von Bayer und analysiert Bayers Beitrag zur Verletzung des Rechts auf Nahrung und eine gesunde Umwelt durch die Herstellung und den Vertrieb von GV-Soja und Pestiziden in Argentinien, Paraguay, Brasilien, Bolivien und Uruguay. Zur Einhegung der dokumentierten Probleme heben die Autoren erstens die Verpflichtung sowohl des Heimatals auch des Gaststaates hervor, geschäftliche Aktivitäten zu regulieren, um sicherzustellen, dass Agrarkonzerne ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen. Und zweitens die Notwendigkeit, dass Bayer sein Geschäftsmodell so verändert, dass heutige und zukünftige Generationen die Vorteile einer gesunden Umwelt genießen können und Zugang zu angemessener Nahrung haben.

Borbála Juhász and Andrea Petó: „Kulturkampf“ in Hungary about reproductive rights: actors and agenda

Dieser Artikel ist Teil einer größeren Studie, in der Akteure und die verschiedenen NRO, die sich mit reproduktiven Rechten in Ungarn befassen, auf der Grundlage statistischer Daten zum finanziellen Hintergrund der Organisationen, Interviews mit Akteuren und der Analyse des rechtlichen Hintergrunds sowie einer Diskursanalyse erörtert werden. Die Artikel behauptet, dass das Thema der reproduktiven Rechte so vielfältig ist, dass es fast unmöglich ist, einen Akteur zu finden, der eine kohärente

Position darstellt, wie dies theoretisch in Bezug auf solche unterschiedlichen Bereiche zu erwarten wäre. Basierend auf der Analyse der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure wird ferner behauptet, dass die Heterogenität auch beweist, dass traditionelle Vorstellungen von „links“ und „rechts“ sowie „progressiv“ und „konservativ“ überdacht werden müssen.

Christina Meinecke und Adrian Haßler: Der Universal Human Rights Index als Wegweiser für die SDGs

Die Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) haben das erklärte Ziel, die Menschenrechte zu verwirklichen. Umgekehrt bietet das Menschenrechtssystem eine Fülle von Beobachtungen und handlungsorientierten Empfehlungen, die bei der Entwicklung und Umsetzung von Nachhaltigkeitspolitiken hilfreich sein können, um das Prinzip „Leave no one behind“ zu berücksichtigen. Mit dem Universal Human Rights Index stellt das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) ein Werkzeug bereit, das den Zugang zu den relevanten Berichten des Menschenrechtssystems anhand der SDGs möglich macht.

Lucia Stehling und Sarah Glaab: Die Menschenrechtssituation von Menschen mit Behinderung in Zeiten der Corona-Pandemie – zwei Erfahrungsberichte

Im folgenden Beitrag wird die Situation von Menschen mit Behinderung unter den Bedingungen der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 in den Blick genommen. Den empirischen Bezugspunkt bilden dabei zwei Fallstudien, welche persönliche Erfahrungen von Menschen mit Behinderung im ersten Halbjahr 2020 konkret abbilden. Bei deren Auswertung steht die Bewertung der menschenrechtlichen Situation im Fokus. Die UN-Behindertenrechtskonvention und das Leitbild der Inklusion bilden insofern den Bezugsrahmen als Instrument und Ideal.